

„Los días felices siempre fueron peronistas“¹

Die Neoliberale Wende 2015

Argentinien befindet sich erneut in einer tiefen Krise. Zum dritten Mal in vierzig Jahren wurde eine neoliberal orientierte Politik umgesetzt, mit der erwartbaren Wiederholung der Ergebnisse. Im Vergleich zu den vorherigen Erfahrungen (1976-1982 und 1989-2002) kam das Projekt diesmal mit Ansage: Auch wenn der damalige Präsidentschaftskandidat Macri im Wahlkampf 2015 immer wieder falsche Versprechen machte, war sein Programm eindeutig für alle, die sich mit dem Thema befassen wollten.

Das Land befand sich damals, am Ende der Regierung Cristina Kirchner, in einer eigenartigen Lage. Zum einen war die dramatische Wirtschaftskrise 2001 überwunden. Durch Umschuldung und eine explizite Entschuldungspolitik war die Außenverschuldung bewältigt worden und betrug nur noch brutto 35 Prozent des BIP². Die Arbeitslosigkeit, die vor fünfzehn Jahren ein Viertel der aktiven Bevölkerung betroffen hatte, war auf unter 6 Prozent gesenkt worden³. Das BIP wuchs über eine Dekade kräftig und ziemlich homogen über alle Wirtschaftszweige. Die Binnennachfrage spielte durch eine progressive Einkommensverteilung die Hauptrolle bei dieser Erholung. Die Armutsquote wurde von über 50 Prozent auf 29 Prozent der Bevölkerung verringert und das Elend fast komplett eliminiert⁴; die Unterernährung, die 2002 5,35 Prozent der Bevölkerung betroffen hatte, war auf 3,4 Prozent gesunken⁵. Die Wirtschaft, die noch 2002 am Boden gelegen hatte, konnte eine Dekade später Satelliten bauen und Atomkraftwerksanlagen exportieren.

Es waren aber auch deutliche Strukturprobleme zu erkennen. Die Wirtschaft stagnierte beinahe ab etwa 2013. Die Engpässe in der Industrie wirkten sich negativ auf die Leistungsbilanz aus. Eine massive Kapitalflucht konnte auch durch stark restriktive Maßnahmen im Kapitalverkehr kaum verhindert werden. Das Problem der Außenverschuldung war nicht komplett gelöst: 7 Prozent der Gläubiger, die sog. Geierfonds, agierten in New York und verhinderten die Rückkehr des Landes zum Kapitalmarkt. Auch gehörte die Umweltfrage nicht zu den Prioritäten. Die Verschmutzung durch Pestizide in der Agrarproduktion und durch den unkontrollierten Bergbau hinterließ sichtbare Spuren.⁶

¹ „Die glücklichen Tage waren immer peronistisch.“

² <https://www.argentina.gob.ar/economia/finanzas/presentaciongraficadeudapublica>.

³ <https://www.minhacienda.gob.ar/datos/>

⁴ <http://uca.edu.ar/es/observatorio-de-la-deuda-social-argentina>

⁵ www.fao.org/faostat/es/#country/9

⁶ Zu den kirchneristischen Regierungen siehe Andrés Musacchio (2015), „¿Cielo o infierno? La

Das Hauptproblem aber lag in der mangelnden Entwicklung der Gesellschaft. Maßnahmen wie Kapitalverkehrskontrollen, Export- und Einkommensteuer und progressive Einkommensumverteilung blieben nicht unumstritten. Sie halfen dabei, einen Oppositionsblock zu bilden, zusammengesetzt aus Agrarproduzenten, Unternehmern und dem Finanzkapital. Trotz der intern widersprüchlichen Interessen leisteten sie der Regierung geschlossen Widerstand. Dieser zeigte sich in der steigenden Inflationsrate, dem Exportboykott, der Kapitalflucht und einer Blockade des Zugangs zum internationalen Finanzmarkt.

Breitere Teile der Mittelklasse wurden in diesen Block einbezogen. Eine aggressive Medienkampagne überzeugte sie, die zurückgewonnenen Rechte im Arbeits- und sozialen Bereich (wie bessere Arbeitsbedingungen, gendergerechtere Politik, Grundsicherung für Kinder und schwangere Frauen oder Wiederverstaatlichung des Rentensystems) seien auf ihre Kosten durchgesetzt worden. Die Kirchner-Regierung führte wegen Problemen mit der Leistungsbilanz Devisenkontrollen ein, die die Spar- und Reisemöglichkeiten der Mittelklasse einschränkten.⁷ Die ständig wiederholte Behauptung, die Regierung leide unter einer außergewöhnlich großen Korruption (was später nicht nachgewiesen werden konnte), rundete das Bild ab. Die Hauptmedien führten eine destruktive Kampagne gegen die Regierung. Sie hatten selbstverständlich andere Interessen im Blick, nämlich die Abschaffung des neuen Mediengesetzes, mit dem der fortschreitenden Medienkonzentration Einhalt geboten werden sollte.

Die historisch enge Anbindung der Mittelklasse an die Interessen der Eliten wurde somit gestärkt. Die Medien sprachen von einer Spaltung der Gesellschaft, die den Kirchners zuzuschreiben wäre. In Wirklichkeit ist das Land seit dem Unabhängigkeitsprozess (1810-1816) gespalten. Zwei unterschiedliche Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle sind in permanenter Konfrontation. Das Argument einer Zäsur in der Gesellschaft ist nicht neu. Es wird immer wieder von den Eliten vorgebracht, wenn populäre/populistische Regierungen ihre Herrschaft in Frage stellen⁸. Diese politisch-mediale Konstellation und eine nicht überzeugende Wahlkampfführung seitens des Peronismus trugen zum Sieg von Macri bei.

Klassenpolitik

Die Politik der 2015 gewählten Regierung kann zum Teil als ‚Klassenrache‘ bezeichnet werden. Aus wirtschaftlicher Sicht ist diese Behauptung durch die regressive Einkommensverteilung zu begründen. So ist zum Beispiel der Anteil

economía argentina en la ‘postcrisis’”, in: Revista de Economía Crítica, nº19, primer semestre 2015, S. 150-177.

⁷ Nur wer die argentinische Gesellschaft gründlich kennt, kann verstehen, was für eine politisch negative Kraft eine solche Maßnahme haben kann.

⁸ So argumentiert z. B. der neoliberale Historiker Cortes Conde. Er behauptet, die Zäsur der argentinischen Gesellschaft wäre dem Peronismus zu verdanken und sei in den Jahren nach dem Putsch gegen Perón (als der Peronismus proskribiert wurde) tiefer geworden, weil die Gewerkschaften versucht hätten, die (illegitimen) Regierungen zu destabilisieren. Roberto Cortés Conde (2009), The political economy of Argentina in the twentieth Century, Cambridge (insbes. S. 194-195).

der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen von 54 Prozent im ersten Quartal 2016 auf 45 Prozent im dritten Quartal 2019 gefallen⁹. Die Löhne wurden nicht an die Inflation angepasst und verloren im Durchschnitt über 20 Prozent ihrer Kaufkraft. Bei Staatsbediensteten, Dozenten und Wissenschaftlern waren es sogar beinahe 50 Prozent. Die Preise der öffentlichen Dienstleistungen stiegen dramatisch (ca. 3.000 Prozent). Als Argument für die vom Staat geförderten Preiserhöhungen wurde erklärt, die Subventionen, mit denen Cristina Kirchner die Preise eingefroren hatte, hätten auf Kosten der Steuerzahler den Markt verzerrt und sollten daher abgeschafft werden.

Auch die Inflationsanpassung der Renten und der sozialen Programme (wie die Grundsicherung für Kinder) fand nur teilweise statt. Bei einer Inflationsrate, die sich von 25 Prozent in 2015 auf über 54 Prozent 2019 beschleunigte, griff jede Erhöhung der Löhne und Renten zu kurz. Die Armutsrate stieg bis auf 36,6 Prozent der Bevölkerung im zweiten Halbjahr 2019. Die jüngsten Preisentwicklungen lassen eine weitere Verschlechterung befürchten. Auch die soziale Polarisierung hat sich deutlich verstärkt: Noch 2016 entsprach das Durchschnittseinkommen der obersten 10 Prozent etwa 19 Durchschnittslöhnen der untersten 10 Prozent. Mitte 2019 waren es 23¹⁰.

Natürlich muss eine Umverteilung nicht sofort als ‚Klassenrache‘ interpretiert werden. Doch in den letzten vier Jahren hat sich eine klare Symbolik entwickelt. So etwa die gesetzliche Ankoppelung der neuen Methode zur Inflationsanpassung der Renten (wesentlich ungünstiger als die vorherige) mit der Legalisierung illegaler Geldanlagen argentinischer Unternehmer in Steueroasen. Die Begründung war, die neuen Staatseinnahmen durch Besteuerung dieser Anlagen würden eine Steigerung der Renten ermöglichen. Letzteres geschah jedoch nicht. Noch deutlicher war die Symbolik vieler Regierungsmitglieder. So behauptete z. B. der Leiter der Nationalbank, der Kirchnerismus hätte den einfachen Arbeiter glauben machen, er hätte Anspruch auf ein Handy und Ferien¹¹. Selbst der Präsident beschwerte sich, viele Bürger fänden die neuen Preise der Dienstleistungen zu hoch, weil sie gewohnt seien, zu Hause in Winter barfuß und nur mit einem T-Shirt herumzulaufen¹². Kurz danach präsentierte er sich provokativ in den Sozialen Medien mit einem Bild, das ihn barfuß und im T-Shirt zeigte. Dies sind nur zwei Beispiele der vielen Provokationen von Regierungsmitgliedern und Unternehmern.

Zum Teil ging es aber auch um reine Klassenpolitik im ‚traditionellen‘ Sinne. Im Gegensatz zu früheren verfügte diese Regierung über keine politische Mediation. Die Kernministerien wurden direkt von Großunternehmern besetzt. So wurde

⁹ <https://www.minhacienda.gob.ar/datos/>

¹⁰ https://www.indec.gob.ar/uploads/informesdeprensa/ingresos_3trim190357631751.pdf

¹¹ <https://www.infobae.com/2016/05/27/1814472-gonzalez-fragra-le-hicieron-crear-un-empleado-medio-que-podia-comparse-celulares-e-irse-al-exterior/>

¹² <https://www.infobae.com/noticias/2016/07/11/mauricio-macri-si-estan-en-sus-casas-en-remera-y-en-patas-es-porque-estan-consumiendo-energia-de-mas/>

z. B das Energieministerium vom Präsidenten der argentinischen Filiale des Erdölkonzerns Shell geleitet. Der Agrarminister war zuvor Leiter des Verbands der Großgrundbesitzer gewesen. So überraschte es nicht, dass der Staat neue Verträge mit Shell unterschrieb und die Agrarexportsteuer fast komplett abschaffte. Zum Finanzminister wurde der Besitzer eines Investmentfonds berufen, der sofort gute Geschäfte für die Branche aufbaute, an denen er unverfroren sein altes Unternehmen beteiligte. Im Gegensatz dazu (wieder die Symbolik!) wurden die Ministerien für Arbeit, Gesundheit, Bildung und Wissenschaft zu Staatssekretariaten zurückgestuft. Mit dem Umweltbereich wurde ein Rabbi beauftragt.

Der Widerstand dagegen war gering. Zum einen entwickelte sich erst in den letzten Monaten eine politisch kompakte Alternative. Die Opposition war bis dahin zersplittert gewesen. Sowohl der Kirchnerismus als auch soziale Organisationen wurden durch einen *Lawfare* verfolgt. Zum ersten Mal seit Ende der Diktatur gab es politische Gefangene. Die Gewerkschaften nahmen dabei eine ambivalente Position ein. Als wichtige Akteure in der Opposition zum Kirchnerismus hatten viele Gremien gute Verbindungen zur neuen Regierung gepflegt. Trotz Lohnkürzungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Erhöhung der Arbeitslosigkeit wurden keine ernsthaften Aktionen gegen Macris Politik unternommen. Es wurde lediglich immer wieder mit einem Streik gedroht, der jedoch nie stattfand. So beschränkte sich der „institutionalisierte“ Widerstand auf soziale Bewegungen wie die Confederación de Trabajadores de la *Economía* Popular (CTEP).

Proteste wurden oft kriminalisiert und mit Repressionen beantwortet. Der Sicherheitsdienst spionierte die Opposition aus und regierungsnahen Staatsanwälte und Richter erpressten „Zeugen“, um Prozesse gegen oppositionelle Politiker und soziale Aktivisten anzustrengen¹³.

Auch eine Doktrin für die Streitkräfte aus Zeiten der Diktatur wurde wiederbelebt. Individuelle Rechte wurden eingeschränkt, die Polizei durfte Dokumente und Taschen in der Öffentlichkeit willkürlich kontrollieren, im Zweifel auch ohne weiteres schießen oder die neuen Taser-Pistolen einsetzen. Anführer sozialer Bewegungen, vor allem in Patagonien, wurden als Terroristen eingestuft und von der Polizei mit Unterstützung des Sicherheitsministeriums in mindestens zwei Fällen ermordet. Auch wurde der Armee per Gesetz erlaubt, bei internen Angelegenheiten einzugreifen. Dieses zu untersagen war davor Kern der demokratischen Einigung der politischen Parteien nach der Diktatur gewesen und galt als tabu.

Wirtschaftspolitik und Geschäfte

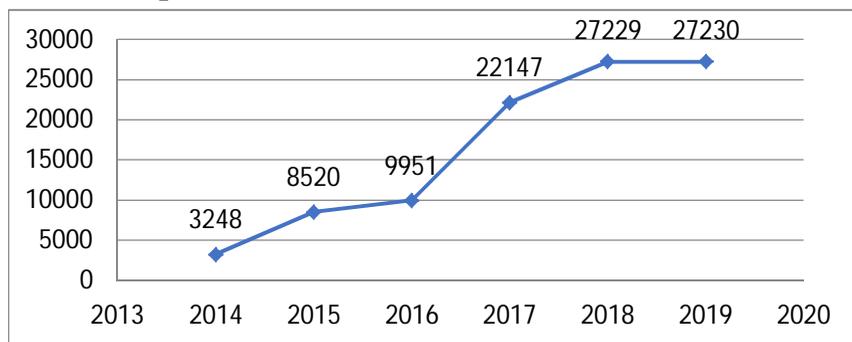
Innerhalb weniger Monate wurden viele der Grundsteine des Kirchner-Modells abgebaut. Die Devisenkontrolle wurde aufgehoben, was eine extreme Abwertung zur Folge hatte. Der Dollar stieg von 9 auf 14 Pesos, mit sofortiger Auswirkung auf die Lebensmittelpreise. Da die Exportsteuer für Agrarprodukte auch fast komplett abgeschafft wurde, war der Inflationsschub noch höher.

¹³ Vor kurzem wurde dieses Netz denunziert. Ein Prozess gegen Richter, Staatsanwälte und Mitglieder des Sicherheitsdienstes ist dadurch entstanden und wird jeden Tag skandalöser.

Der gesamte Maßnahmenkatalog des finanziализierten Neoliberalismus¹⁴, d. h., stabil gehaltener Wechselkurs als Inflationsanker, Öffnung des Außenhandels und Liberalisierung des Finanzmarktes wurde sofort umgesetzt. Im Vergleich zu früheren Experimenten, wie z.B. der sog. „Wechselkurstabelle“ während der Militärdiktatur (1976-1982) oder des Currency Boards (1991-2001), war die Wechselkurspolitik jedoch flexibler und wurde nur durch unregelmäßige Interventionen der Zentralbank geleitet. Die steigende Inflationsrate förderte unregelmäßige Anpassungen des Wechselkurses, die wiederum neue Preiserhöhungen verursachten. So entstand eine Preis-Wechselkurs-Spirale. Als Macri die Regierung am 10.12.2019 verließ, stand der Kurs auf 65 Pesos pro Dollar.

Die neue Politik folgte dem alten Konzept der „Diktatur der leeren Kasse“ von Herbert Giersch¹⁵. Eine neoliberale Politik, so Giersch, muss schrittweise eingeführt werden. Zunächst sind Steuerentlastungen angesagt, mit dem Ziel, die öffentlichen Finanzen zum Kollaps zu bringen. So sind Sparmaßnahmen und Liberalisierung nicht zu vermeiden. Diesem Muster folgte Macri im Eiltempo.

Abb. 1: Kapitalflucht (in Mio. Dollar)



Quelle: Argentinische Zentralbank (BCRA), Balance cambiario

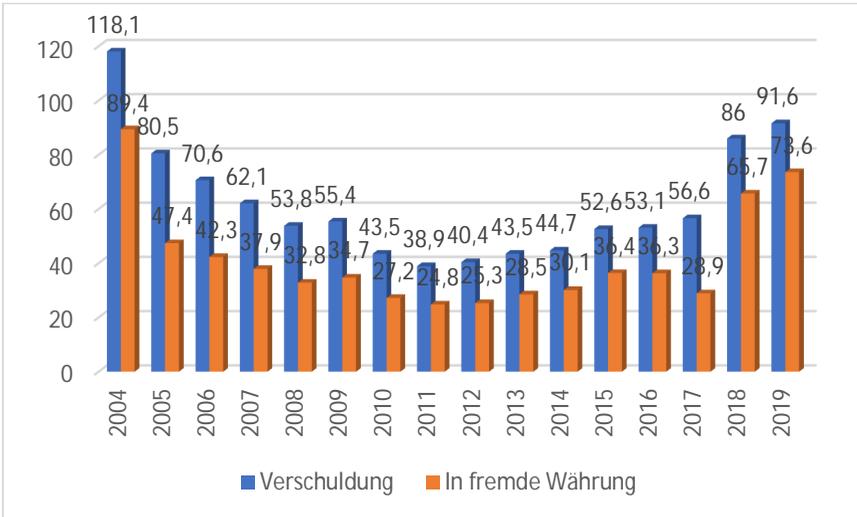
In Gegensatz zu den vorigen neoliberalen Erfahrungen kam es jedoch weder zu massiven Privatisierungen noch zu einer tiefgreifenden Arbeitsreform. Zwei Erklärungen sind dafür möglich. Wahrscheinlich hätten zum einen die Kräfteverhältnisse derartige Reformen nicht zugelassen. Eine weitere Erklärung ist aber auch plausibel: Das Programm der Eliten war nicht an die Produktion in der Industrie oder die Dienstleistungen angekoppelt. Eher ging es um kurzfristige Finanzspekulation, Sicherung der üblichen Geschäfte (wie im Erdölbereich), Le-

¹⁴ Siehe Andrés Musacchio (2019), Die Formen des Neoliberalismus und die Entwicklungsproblematik, in: Z 118 (Juni 2019), S. 33-38.

¹⁵ Herbert Giersch, (1991), Europas Wirtschaft 1991. Ordnungspolitische Aufgaben in Ost und West, Adolf-Messer-Stiftung, Frankfurt/M.

galisierung widriger Kapitalanlagen und massive Kapitalflucht. Besonders letztere hat die „Strategie“ der Regierung geprägt.

Abb. 2: Öffentliche Bruttoverschuldung, Nationale Verwaltung (in Prozent des BIP)



Quelle: <https://www.argentina.gob.ar/economia/finanzas/presentaciongraficadeudapublica>

Diese Politik ist kaum von Plünderung zu unterscheiden und kann technisch nicht ohne weiteres umgesetzt werden. Sie benötigt Devisen, die bei einer leicht defizitären Handelsbilanz nicht sofort vorhanden sind. D. h., das ganze Programm war von den externen Finanzmärkten abhängig, die diese Devisen über Kredite anbieten sollten. Der erste Schritt in diesem Bereich war, den Streit mit den Geierfonds sofort zu beenden. Während der Staatspleite 2001-2004 hatten spekulative Investmentfonds Schuldscheine zu etwa 20 Prozent des Nominalwertes gekauft und verlangten seitdem die volle Rückzahlung der Kredite (etwa 7 Prozent der gesamten argentinischen Verschuldung) mit vollen Zinsen und Zinseszins. Ein langwieriger Prozess vor einem New Yorker Gericht versperrte Argentinien den Zugang zum internationalen Finanzmarkt¹⁶. Die Kapitulation des argentinischen Staates unter Macri eröffnete die Möglichkeit, neue Schulden aufzunehmen. Die enge Verflechtung der Funktionäre des Wirtschaftsministeriums mit denen der Banken und Fonds erleichterte den Zugang zu hohen Krediten. Auch hier distanzierte sich die Politik von der Vergangenheit. Nicht private Spekulanten nahmen Schulden auf, sondern der Staat selbst. Da die öffentlichen

¹⁶ Siehe z.B. Noem Brenta (2019), Historia de la deuda externa argentina, de Martinez de Hoz a Macri, Capital Intellectual, Buenos Aires.

Investitionen verringert wurden, bestand offensichtlich nicht die Absicht, Infrastrukturprojekte zu finanzieren, sondern vielmehr, den Haushalt auszugleichen, um genügend Devisen für die Kapitalflucht bereitstellen zu können¹⁷. In Grafik 2 ist die rasche Rückkehr des Verschuldungsproblems leicht erkennbar.

Der „Verschuldungssommer“ währte jedoch nur kurz. Schon Mitte 2018 waren alle Quellen ausgeschöpft. Die Anleger hielten die Entwicklung für sehr riskant und zogen sich zurück. Somit wurde das Land erneut mit einer Zahlungsunfähigkeit konfrontiert. Doch die internationale Konjunktur öffnete eine kleine Hintertür. In der Konfrontation mit Venezuela konnte Argentinien aus Sicht der USA eine Schlüsselrolle spielen. Außerdem war die Wirtschaftspolitik in den Augen der internationalen Finanzorganisationen die eines „Musterknaben“. Vor diesem Hintergrund vergab der Internationale Währungsfonds den größten Kredit seiner Geschichte. Die Höhe dieses Kredits (57.500 Mrd. Dollar) und die Erlaubnis, ihn teilweise für die Stabilisierung des Wechselkurses zu verwenden, verstießen gegen alle internen Normen des IWF¹⁸. Die Regierung wollte sich durch die Hilfe des IWF die Zahlung des Schuldendienstes, die Deckung des Haushaltsdefizites und die Unterstützung der Kapitalflucht ermöglichen. Unter diesen Umständen konnte der Kredit nur die Krise verzögern, aber nicht die Bombe entschärfen. Das konnte den Finanztechnikern des IWF nicht entgangen sein. Daher ist eher eine politische Absicht oder ein politischer Druck aus dem Hintergrund zu vermuten. Es war vorauszusehen, dass die Ausschöpfung des Kredites den Kollaps nicht aufhalten würde. Dieser erfolgte Mitte 2019. Somit steht Argentinien erneut in einer Depression, mit steigender Armut und Arbeitslosigkeit, in Kombination mit einem Staatsbankrott.

Diese Konstellation bot der Opposition die Gelegenheit, für die Wahlen eine gemeinsame Front zu bilden. Der gesamte Peronismus tat sich in einem Bündnis zusammen, zu dem sich auch verarmte Teile der Mittelklasse, kleine und mittlere Unternehmer und Industrielle gesellten. Auch wenn die Regierung unerwartet 40 Prozent der Stimmen erreichte (ein deutliches Zeichen der gesellschaftlichen Spaltung), wurde Macri im Oktober 2019 abgewählt.

Der Peronismus ist wieder da... Zunächst kein Fazit in Sicht

Mit dem Regierungswechsel stellen sich eher Fragen als Antworten. Die neue Koalition, bestehend aus alten peronistischen Gruppierungen, wirkt nicht sehr stabil. Auch wenn der neue Präsident Alberto Fernandez den Wahlkampf und die ersten Regierungswochen gut gemeistert hat, sind keine friedlichen Zeiten in Sicht. Auch nicht in den Beziehungen zur Opposition. Sowohl im Parlament als auch in den Medien wurden Fernandez die übliche Schonfrist von sechs Monaten nicht zugestanden.

¹⁷ Die Panama- und Paradise-Papers-Nachforschungen ergaben, dass sowohl Macri als auch direkte Verwandte massiv an der Kapitalflucht beteiligt waren.

¹⁸ Jürgen Kaiser und Andrés Musacchio (2020), Argentinien in der neuen Schuldenkrise: Fatale Hoffnungen und Lektionen aus der Geschichte, Fachinformation 63, Erlassjahr.de: Düsseldorf.

Seine politische Orientierung bleibt unklar. Diese Unklarheit wird von den Ministern wie folgt begründet: Sie hätten drei Prioritäten: a) Die Hungersnot eines breiten Teils der Bevölkerung im Eiltempo zu bekämpfen; b) Die Depression zu bekämpfen und das Wirtschaftswachstum einzuleiten und c) Die Zahlungsunfähigkeit ohne Sparmaßnahmen zu vermeiden. Die zwei ersten Ziele wirken wie zwei Seiten derselben Medaille. Die Verteilung von Lebensmitteln für Menschen in Not erfolgt über Lebensmittelkarten, was den Konsum ankurbelt. Das wäre auch der erste Schritt, neben kleinen Lohn- und Rentenerhöhungen, um die Depression zu bekämpfen. Die Verschuldung ist jedoch das Hauptproblem. Die Fälligkeiten für die nächsten vier Jahre entsprechen etwa 190 Mrd. Dollar (60 Prozent der gesamten Schulden und beinahe die Hälfte eines jährlichen BIPs). Den Gläubigern ist klar, dass diese Zahlung nicht geleistet werden kann. Deshalb erhofft sich die Regierung ein kooperatives Verhalten der Gläubiger. Auch wenn die ersten Verhandlungen positiv laufen, scheint diese Hoffnung etwas naiv; Banken und Finanzorganisationen haben normalerweise kein Herz. Die mögliche Akzeptanz einer heterodoxen Politik könnte aber einen anderen Hintergrund haben. Sie könnte die Unterstützung einer exportorientierten Politik sein, die auf Ausbeutung der Natur beruht. Auch die Zustimmung zum für eine Entwicklungspolitik schädlichen Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union könnte das Zahlungsmittel sein¹⁹. Klar ist, dass ohne Umschuldung nicht einmal ein Haushaltsplan möglich ist, weil der Schuldendienst ein wesentlicher Teil der Ausgaben ist. Erst danach lässt sich eine konsistente Wirtschaftspolitik planen.

Auch der regionale Kontext ist alles andere als entspannt. Die Ausbreitung rechter Regierungen (siehe den Artikel von Dieter Boris in diesem Heft) in der gesamten Region, inklusive faschistischer Züge, bedeutet für eine alternative Politik eine große Herausforderung. Der Hauptpartner Brasilien ist dabei die primäre Quelle der Unruhen. Die offensichtliche persönliche Aversion beider Präsidenten gegeneinander stellt vielleicht noch das kleinste Problem dar. Die langjährige Krise des Mercosur wird gerade durch die unterschiedlichen Einschätzungen des Freihandelsabkommens mit der EU gekrönt. Der argentinische Minister für Produktion, Matias Kulfas, hat das so formuliert: Brasilien will das FHA unterschreiben. Sollte Argentinien es ablehnen, wäre der Mercosur aus rechtlichen Gründen am Ende. Würde Argentinien unterschreiben, wären die langfristigen Folgen für die Entwicklung des Landes absolut unklar²⁰. Da man aus einem Labyrinth am besten nach oben rauskommt, versucht Argentinien einige europäische Regierungen zu überzeugen, Neuverhandlungen aufzunehmen. Für einen breiten Teil der Bevölkerung bedeutet der Rückkehr des Peronismus die Hoffnung, nach vier Jahren dramatischen Abstiegs zum alten Leben zurück-

¹⁹ Zum Freihandelsabkommen Mercosur-EU siehe z. B. Luciana Ghiotto und Javier Echaide (2019), *Analysis of the agreement between the European Union and the Mercosur*, Berlin, Buenos Aires, Brüssel.

²⁰ <https://www.ambito.com/economia/pymes/kulfas-y-empresarios-pymes-cgera-evaluaron-el-impacto-del-acuerdo-mercosur-ue-n5078297>

kehren zu können. Doch die Wirtschaftskrise, die Spaltung der Gesellschaft und die ungünstige internationale Konjunktur stellen diese Hoffnung infrage. Alberto Fernandez versucht, mit seinen ersten Maßnahmen einen Konsens herzustellen, um Notlösungen für dringende Probleme durchzusetzen. Zwar ist eine langfristige Perspektive seiner Politik bisher nicht erkennbar, aber auch 2003, als er als Kabinettchef von Nestor Kirchner eine Hauptrolle bei der Erholung spielte, waren zunächst nur vorsichtige Schritte zu erkennen. Ob sich das wiederholen lässt bleibt offen. Als Bonus kann sich Fernandez aber an den alten Spruch halten: Die glücklichen Tage waren immer peronistisch.